

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

135 (15.6.1931)

gierung wie geplant umzubilden. Damit soll in keiner Weise der Entscheidung vorgegriffen werden, die die zuständigen Parteimittingen morgen zu fällen haben werden.

Da das Zentrum u. W. darauf besteht, als weitaus stärkste Koalitionspartei im Falle der Umbildung zwei Ministerien durch zwei Minister zu besetzen, würde Baden nach der geplanten Umbildung wiederum vier Minister haben, während seit den letzten Wahlen und schon vorher einmal längere Zeit drei Minister durchaus genügt, ordnungsgemäß die Regierungsangelegenheiten zu erledigen.

Mit einer lediglich nach rechts hin erweiterten Koalition dürften vornehmlich jene Kreise des badiischen Zentrums wohl zufrieden sein, die eine solche Entwicklung wünschen, wie auch das Zentrum nach Vollzug der geplanten Umbildung der eigentliche Gewinner dieser Aktion sein würde, wozu die Volksparteier und besonders jetzt wieder die Staatspartei, wenn auch wider Willen, alles aufgeben haben.

Der Beschluß der Volksparteier

Karlsruhe, 14. Juni. Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei in Baden, der am Sonntag in Karlsruhe zusammentrat, hat dem Eintritt in die Regierung zugestimmt.

Damit sind die Verhandlungen über die Erweiterung der badiischen Regierungskoalition zu einem gewissen Abschluß gekommen. Es gilt nur noch die Personalfragen zu erledigen. Der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Mattes wird voraussichtlich das Finanzministerium übernehmen.

Die Staatspartei zur Regierungsumbildung

Ueberlingen, 13. Juni. Heute vormittag begann hier der Landesparteitag der badiischen Staatspartei. Der Parteitag wurde von Fabrikant Richard Freudenberg geleitet. Die Verhandlungen haben vertraulichen Charakter. Der bisherige Parteivorsitzende Reichsfinanzminister Dr. Dietrich wurde wieder gewählt. Im Mittelpunkt der Vormittagsverhandlungen stand das Referat des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Hofheim, über die Landespolitik.

Der Parteitag billigt einstimmig die Salzung der Landtagsfraktion. Er stellt sich vorbehaltlos hinter den Beschluß der Landtagsfraktion, an einer Regierungserweiterung in Baden sich zur Zeit nicht zu beteiligen und erwartet, daß sich die Fraktion auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit im Sinne unserer staatspolitischen Ziele einsetzt.

Das Zentrum steht fest zu Brüning

Eine sehr beachtenswerte Entschlieung. Karlsruhe, 14. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages und der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hielten hier eine Beratung über die politische Lage ab. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, Reichsminister Brüning und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erläuterten einleitend die Lage. Der Reichsminister fand für seine Politik volles Verständnis und einstimmige Anerkennung.

Es werden alle Gutgesinnten und Einsichtigen in der Welt aufgerufen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, bevor es zu spät ist. Noch größere Opfer kann das deutsche Volk nicht ertragen. Wir haben ein Recht auf Leben und Freiheit in einem geordneten Europa. Parteiegoismus ist jetzt nicht am Platze.

Die Deutsche Zentrumspartei kämpft mit allen Gutgesinnten um die Erhaltung und die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes.

Präsidentenwechsel in Frankreich

Von Doumergue zu Doumer

Am Samstag vollzog sich in Paris der Wechsel der Präsidentschaft der französischen Republik von Doumergue an Doumer. In seiner Ansprache an den neuen Präsidenten der Republik erklärte der abgedankte Präsident Doumergue, daß die Nation den Patriotismus, den Charakter und die hohe Arbeitskraft Doumer erprobt habe.

Der neue Präsident der Republik, Paul Doumer, erwiderte, daß der einmütige Dank der Nation den scheidenden Präsidenten begleitet. Er, Doumer, werde sich bei Ausübung der ihm übertragenen Befugnisse den scheidenden Präsidenten als Vorbild nehmen.

Kabinettswechsel bleibt

Ministerpräsident Laval hat dem neuen Präsidenten der Republik, Doumer, das Kabinettsgeheimnis des Kabinetts überreicht. Präsident Doumer lehnte jedoch eine Demission des Kabinetts ab, jedoch dieses in seiner bisherigen Zusammenlegung (also auch Briand als Außenminister) weiterhin die Geschäfte führen wird, doch ist eine Umbelegung verschiedener Diplomatensposten vorgezogen.

Das Defizit von 1930

Das Reichsfinanzministerium legt einen Ausweis über die Reineinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1930, also für die Zeit von Anfang April 1930 bis Ende März 1931, vor, nach dem sich ein Gesamtschuldenbetrag von rund 1525 Millionen Mark ergibt.

Im ordentlichen Etat werden die Einnahmen einschließlich 25 Millionen Mark Einnahmereste mit 10 411,8 Millionen Mark ausgemittelt, die Ausgaben einschließlich 184,5 Millionen Mark Ausgabenereste mit 11 601,8 Millionen Mark. Damit ergibt sich ein Defizitbetrag von 1190 Millionen Mark.

Im außerordentlichen Etat werden die Einnahmen einschließlich 970,2 Millionen Mark, die Ausgaben 459,9 Millionen Mark. Der Ueberschuß beträgt also 510,3 Millionen Mark. Aus den Jahren 1928-1929 ist aber noch ein Fehlbetrag von 77,7 Millionen Mark vorhanden, wozu noch Ausgabenereste am Schluß des verfloffenen Rechnungsjahres in Höhe von 73,5 Millionen Mark kommen. Insgesamt ergibt sich damit für den außerordentlichen Etat ein Defizit von 334,9 Millionen Mark.

Die Reichsschuld machte am Schluß des Rechnungsjahres, also Ende März 1931, rund 10 396,3 Millionen Mark aus. Die schwebende Schuld wird für Ende März mit 1709,5 Millionen Mark angegeben.

Kommunistische Brüderschaft mit völkischen Bombenlegern

Geradezu sensationell wirkt im Zusammenhang mit den Propagandaaktionen, die die KPD sich neuerdings leistet, eine Erklärung, die der kommunistische Führer Kossik im Preussischen Landtag abgab.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Kirchmann hat hier die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich mit noch anderen Kommunisten ausgenutzt des wegen der Bombenattentate verurteilten völkischen Bauernführers Claus Heim einen Bittgang zum Justizminister getan. Er hat dieses Vorgehen als Vertrauensstundgebung für die Regierung angesehen. Wir protestieren gegen eine solche Auslegung.

Wir haben beim Justizminister die Forderung aufgestellt, die Freilassung des völkischen Bauernführers gestellt. (Stürmliches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben das getan, weil im Hintergrund der Bombenattentate die Not der Bauern steht. Diese Bombenanschläge waren die Ausdrucksform des politischen Kampfes der ausgebeuteten Bauern gegen den Kapitalismus. (Stürmliches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem hat Claus Heim vorwiegend darauf geachtet, daß bei seinen Attentaten keine Menschenleben vernichtet wurden, sondern nur Mauersteine in die Luft flogen. Die KPD ist sich bewußt, daß sie mit der Forderung auf Freilassung des Bombenlegers Claus Heim nur den Willen der breiten Massen und der notleidenden Bauernschaft erfüllt. (Große Bewegung im ganzen Hause.)

Preussischer Landtag und Opposition

Mittrauensvotum abgelehnt

Der Preussische Landtag lehnte das kommunistische Mittrauensvotum gegen die preussische Staatsregierung mit 220 Stimmen der Regierungsparteien gegen 167 Stimmen der gesamten Opposition ab. Der weitere kommunistische Antrag, wonach die preussische Regierung auf sofortige Aufhebung der Notverordnung hinarbeiten soll, wurde mit 206 gegen 151 Stimmen abgelehnt.

Nationalsozialisten als Expropriateure

Wo ist in Wahrheit der Jude?

Der Westmark-Verlag G.m.b.H., der mit einer Aktiengesellschaft und Lohndruckerei verbunden ist, ein nationalsozialistisches Unternehmen im Rheinland, das bisher die inwärtigen eingegangenen Parteizeitungen der Nationalsozialisten in Koblenz herausgab, ist in Kontrast gegangen. Dabei sind zunächst zwölf Buchbrüder um ihren Lohn geprellt worden. Aber nicht nur die Buchbrüder, sondern eine Reihe von kleinen Geschäftseigenen, Handwerkern und Lieferanten in Koblenz, Rön und anderen rheinischen Orten. Diesen Lieferanten bietet jetzt die Firma eine Kontingentsquote von 3 1/2 Prozent an. Noch lieber wäre ihr nach berühmtem Muster ein Moratorium von 5 Jahren.

Da haben wir also eine ganz richtig gehende Entscheidung von kleinen Geschäftseigenen, Handwerkern und Lieferanten. Zwei Drittel ihrer Forderungen sollen sie glatt in den Schornstein schreiben. Damit sie nicht auf den Gebirgen kommen, daß Herr Hitler aus seinem Millionenfonds ihnen helfen könnte — es brauchten wahrscheinlich nur einige Zerlegungen am Braunen Haus in München weniger angebracht zu werden, um die Schulden des Westmark-Verlages bei den geschädigten kleinen Leuten zu decken — wird den Gläubigern des Westmark-Verlages nicht geteilt.

Mit der NSDAP haben die Internierungen nicht das geringste zu tun, sondern jede Annahme, die Partei würde für die Verbindlichkeiten einspringen, völlig irrisch ist.

Das ist eine laubere Methode! Im Hinblick auf die Finanzkraft der nationalsozialistischen Partei, die von der Schwerindustrie Millionen subventionen erhält, haben die kleinen Leute Kredite gegeben. Wenn die Industriefürsten Millionen zahlen, müssen die Kredite der kleinen Leute doch sicher sein!

Die kleinen Leute in Koblenz, Rön und anderen rheinischen Orten haben dem nationalsozialistischen Unternehmen Kredit gewährt im guten Glauben an die Nationalsozialistische Partei. Die aber schlägt sich nun seitwärts in die Büsche und läßt die ausgeländerten Handwerker und Lieferanten hilflos am Wege liegen. Vielleicht erzählt den Geschädigten nun ein nationalsozialistischer Agitator als Erlös für ihre in den Schornstein geschriebenen Forderungen: „Der Jude ist schuldig!“ Wir nehmen aber an, daß die Betroffenen nunmehr selber wissen werden, wo in Wahrheit „der Jude“ zu finden ist.

Die Hölle von Verdun

Gegenüber ihrer fälschlich als „Mittelmeer“ bezeichneten „Mittelmeerfront“.

Es geistert herum der Totengang Zerlegter Leiber-Stummel. Den Nazis ist das gut genug für einen Totengangsummel.

Zu Douaumont im Knochenhaus Weiß Sterbenind die Flade. Doch hier erlänzt weit hinaus Das Fort wie Limonade.

Verdun, das große Mordevier, Das ward zum Kampfgelände. Bei Wäldchen und bei Baerndier Schwärmt auf sich für die Hölle.

Sie dachten, als beim Feuerheiß Sie ihre Hölle reisten: Wie muß ein Krieg doch himmlisch sein Bei solchen Vorfällen! Hans Bauer.

Das Schmugglerparadies

Hamsterzüge per Auto - Das Monstrelager im Racher Hauptzollamt

Aus Baden wird uns geschrieben: In der deutschen Grenze nach Holland und Belgien ist in letzter Zeit der Schmuggelbetrieb geradezu unheimlich aufgeblüht. Die riesige Not, die durch eine verheerende Zollpolitik hervorgerufenen Uebertreibungen im Inlande und die freudige Arbeitslosigkeit sind die Hauptursachen dieses Ueberhandnehmens des Schmuggelwesens. Tagtäglich wandert ein Strom von jungen und alten Menschen, zum Teil „ohne allen Komfort“, fimpel zu Fuß, zum Teil aber auch in Autos über die Grenze, um für billiges Geld Zigaretten, Zigarettenpapier, Kaffee, Kakao, Tee und anderes einzukaufen.

Unter Lebensgefahr und auf den kompliziertesten Schleichwegen wird die billige Ware nach Deutschland zurückgebracht, um dort an allen Ecken und Enden geschlechtschandelt zu werden. Kleine Landwirte bringen Getreide und Mehl über die Grenze, um so ihren ruinierteren Finanzen ein wenig aufzuhelfen.

Wenn man im Racher Bezirk herumstreift, stößt man überall auf die „fliegenden Händler“, die im Hinterland ihre billigen Zigaretten anbieten und selbst Kakao, Tee still und heimlich auf der Straße an den Mann zu bringen versuchen. Andere wieder, denen der Straßenhandel ein wenig zu riskant erscheint, stehen durch die Häuser und verbergen bei den Hausfrauen ihre geschmuggelte Ware mit angemessenem Verdienst loszusenden. Wie das bei solchen Dingen zu sein pflegt — auch der Schmuggel hat sich bereits konzernmäßig organisiert. Es gibt groß angelegte Verkaufsorganisationen der Schmuggler, die ihre Netze schon über alle größeren deutschen Städte gespannt haben.

Auch in der Schmuggerei blüht bereits ein rentabler Zwischenhandel, der naturgemäß die billige Ware wieder verteuert. Immerhin scheint sich das illegale Geschäft auch für den Abschlußkäufer noch zu lohnen. Trotzdem an der Grenze die Kontrollmaßnahmen sehr verschärft worden sind, trotz starker Vernehmung der Grenzwachposten, die mit Karabinern bewaffnet, fast pausenlos die Grenzen abhaken, wird es mit dem Schmuggelunwesen täglich schlimmer. In letzter Zeit sind Autostreifen eingesetzt worden, um den raffiniert arbeitenden Schmugglern auf die Sprünge zu kommen.

In welcher riesiger Menge geschmuggelt wird, beweisen die Schmuggelgeschäfte des Racher Hauptzollamtes, die den illegalen Grenzgängern im Laufe der letzten zwei Monate abgenommen worden sind. Material stellen sie nur einen Bruchteil der geschmuggelten Warenmasse dar. In den Monaten April und Mai wurden von der Inlandsabteilung des Hauptzollamtes an Schmuggelwaren 475 Kilogramm Kaffee, 175 Kilogramm Kakao, 180 Kilogramm Schokolade, 10 Kilogramm Tee, 142 Kilogramm Marmarine und Fleischwaren, 209 Kilogramm Tabak, 10 000 Zigaretten, 3 375 000 Zigaretten, 20 600 Zigarettenpapier, 482 Kilogramm Mehl und 1940 Kilogramm Getreide beschlagnahmt. Allein in einer der letzten Nächte gelang es der Tabakumschmelzung, den Schmugglern 187 000 Zigaretten abzulassen.

Der Bezirk, in dem sich der Hauptzollamtgebiet vollstreckt, verläuft etwa über 70 Kilometer an der Grenze zwischen den Orten Scherpenfel, Rachen und Walheim.

Die Zigarettenhändler hat der Schmuggelbetrieb geradezu zur Verzweiflung gebracht. Unter Hinweis darauf, daß ihr Umsatz um 50 bis 75 Prozent zurückgegangen ist, verlangen sie eine neue „Notverordnung“ und zwar eine, die sich gegen das Schmuggelunwesen demontant gemeint. Das Ubrigen selbst die zahllosen Strafverfolgungen die Schmuggler nicht zurückschrecken lassen, beweist die Tatsache, daß im April und Mai annähernd 2000 Schmuggler von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt worden sind. Immerhin hat die Schmuggerei ein Gutes:

Das Reichsfinanzministerium gelangt durch sie zu einer nicht unweentlichen Einnahme. Die beschlagnahmten Zigaretten und Zigarettenpapier, Kaffee, Kakao, Tee usw. werden über den Damburger Freibafen wieder ins Wohlstand verkauft. Fleischwaren und Butter geben die Racher Zollfabrikanalitäten zu billigen Preisen an die Bevölkerung ab, während die Wälderorkanaktionen Mehl und Getreide zu marktüblichen Preisen erhalten. So find die Schmuggler ein Teil vom jener Kraft, die stets das Böse will und doch ausnahmsweise das Gute schafft. Wenn auch das Böse ans erheblich zu überwiegen scheint.

Freistaat Baden

Die nächste Landtags-Sitzung

Der Landtag hält seine nächste Vollversammlung Mittwoch, 17. Juni, nachmittags halb 4 Uhr, ab. Die Beratung über den kommunalpolitischen Antrag des Zentrums sowie der übrigen Tagesordnungspunkte der letzten Sitzung wird fortgesetzt. Der Haushaltsnachschub tritt am Tage zuvor nachmittags halb 5 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Ernennung der Berichterstatter über das Gutachten der Spartenkommission.

Gewerbepflicht und Rechtsanwälte

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs

Im Zusammenhang mit einer Klage des Deutschen Anwaltsvereins, der preussischen und einer Reihe außerpreussischer Anwaltskammern, schweizerischer Notar- und Rechtsanwaltsverbände und Rechtsanwälte, die Landtagsabgeordnete sind, kam am Freitag vor dem Reichsgerichtshof in Leipzig auch eine Klage der Badischen Anwaltskammer in Karlsruhe gegen das Land Baden auf Verfassungswidrigkeit des Artikels 14 des badischen Finanzgesetzes für 1930/31 zur Verhandlung. Es handelt sich um die Gewerbesteuerpflicht der Rechtsanwälte. Die Kläger beantragen die Feststellung, daß die beanstandeten Bestimmungen der Reichsverfassung bzw. preussischen und badischen Verfassung widersprechen. Begründet wurde die Klage damit, daß die Rechtsanwälte grundsätzlich als eminent wichtiges Glied der Rechtsprechung angesehen, nicht aber dem Gemeinwesen auszuweisen seien. In dieser Stellung sei der Rechtsanwalt auch durch die Reichsverfassung geschützt.

In seinem Urteil hat der Staatsgerichtshof die Anträge der klagenden Anwaltsverbände, die auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des preussischen Gewerbesteuergesetzes sowie auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 14 des badischen Finanzgesetzes für 1930/31 gingen, zurückgewiesen.

In der Begründung führte der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte, nachdem er den Antragsstellern die Klagebegründung abgelesen hat, u. a. aus: Dem Abschnitt Rechtspflege in der Reichsverfassung ist nicht zu entnehmen, daß den Rechtsanwälten eine Stellung zugesichert sei, mit der die Gleichstellung mit einem Gewerbetreibenden unvereinbar sein würde. Auch der Begriff des Gewerbes ist in der Reichsverfassung nicht festgelegt. Auch in den übrigen herangezogenen Vorschriften der Reichsverfassung (Art. 142, Satz 2, Art. 158, Art. 165, Abs. 3, 2, Art. 151, Abs. 1, 1) ist die freie Berufsausübung zu finden, die einer Beschränkung der Rechtsanwälte zur Gewerbesteuer entgegensteht.

Deutschland soll sich vor England schämen

Ein Kommentar zu einem Kommentar

In Deutschland sehen die sogenannten gebildeten Schichten und die besitzenden Klassen ihre Haupttätigkeit in der Politik darin, der Regierung Krüppel zwischen die Beine zu werfen, sofern diese Regierung nicht ganz nach dem Geschmack der Junker und Kohlenbarone ist. Anders liegen die Dinge in England, woselbst jetzt schon jahrelang auch die bürgerlichen Parteien der Minorität die Regierung der Arbeiterpartei Gelegenheit geben, die Geschichte Großbritanniens zu leiten. Der in England zu bemerkende Gentleman-Geist zeigt und zeigte sich jedoch auch bei weniger bemerkenswerten Gelegenheiten; vor allem in der Eingabebereitschaft einzelner bürgerlicher Kreise für das allgemeine Wohl. Ähnlich wie wir es in Amerika beobachten können, woselbst trotz ihrer großen sonstigen Mängel die Magnaten des amerikanischen Großkapitals große Mittel für Wissenschaft, Forschungen usw. zur Verfügung stellen, zeigt sich auch in England bei manchen Vertretern der besitzenden Schichten eine gewisse Opferbereitschaft für Staat und Allgemeinheit. Aus diesem Gesichtspunkt heraus hat vor längerer Zeit — viel früher noch als in England die Arbeiterregierung aus Kader kam — ein sehr begüterter Engländer dem Staat sein Schloß in Cheshamers samt einem entsprechenden Unterhaltungsgehalt zur Gabe gemacht, damit Englands Premierminister, auch wenn er über nicht genügend Privatvermögen verfügt, dort Gelegenheit zum Ausspannen hat und gleichzeitig auf dem Land einen Wohnsitz für repräsentative Zwecke, die unter Umständen einen großen politischen Wert haben können, während seiner Ministerzeit zur Verfügung hat.

In Deutschland, woselbst die reichen Großindustriellen nicht einmal Geld für wissenschaftliche Zwecke haben, so daß großzügig Amerika bei entsprechenden Gelegenheiten einbringen muß, könnte man aus diesem Vorgang etwas lernen. Die Reaktion tut es allerdings — nach der entgegengesetzten Seite. Statt die vorbildliche Haltung Englands in diesen Dingen anzuerkennen, benutzt der nationalsozialistische Führer die Tatsache des in England dem jeweiligen Premierminister zur Verfügung stehenden Schlosses von Cheshamers zu einer Hege gegen den Arbeiterpremierminister Macdonald, dem das nationalsozialistische Heßblatt in Verdrängung der Tatsache Cheshamers als Eigentum zuschreibt, während es in Wirklichkeit nur um eine zur Verfügungstellung für den jeweiligen englischen Premierminister handelt. So wird in Deutschland von nationalsozialistischer Seite in Entstellung der Wahrheit gegen die englische Arbeiterpartei und damit gleichzeitig gegen die Arbeiterpartei gehetzt, während kein Wort in diesen nationalsozialistischen Organen über die zahlreichen Schlösser und Paläste in Deutschland zu finden ist, deren Eigentümer in trauriger Bruderschaft mit Hitler und Hugenberg daran arbeiten, die Arbeiterpartei in Deutschland zu entrechten.

Die nationalsozialistischen und die mit ihnen in nationalsozialistischer Hege konkurrierenden deutschen Zeitungen lieben es zur Zeit, sich in außenpolitischen Betrachtungen zu ergötzen. Sollte dieser Vorfall nicht zum Anlaß dienen, die deutschen Rechtstreiter etwas zu ermahnen, daß sie alle Ursache hätten, sich angeht solcher Behauptungen vor England zu schämen.

Die von der Stadt Mannheim kontrollierte Oberbrennische Eisenbahn-Gesellschaft berichtet über das abgelaufene Geschäftsjahr, daß die starke Arbeitslosigkeit in ihrem Interaktionsgebiet das Ergebnis außerordentlich ungünstig beeinflusste. Der Verkehrsverkehr war nach der Statistik der bestbesetzten Personen 5 Prozent geringer als im Vorjahre, ebenso ist der Güterverkehr um 18 Prozent zurückgegangen. Die Bruttoeinnahmen betragen 2,69 Millionen Mark gegen 2,88 Millionen im Vorjahre. Betriebsausgaben erfordern 2,44 Millionen, abgesehen von Verwaltungskosten 0,069 Millionen und Schuldsinsen 0,379 Millionen Mark. Es erübrigt sich somit durch höhere Ausgaben ein Betriebsverlust von 308 543 Mark gegen eine ungewöhnliche Gewinn- und Verlustrechnung im Vorjahre.

Niederlage der Kirchenführer

Verhandlung und Urteil über Eckert

Zurückverlegung im Dienstalter um sechs Jahre

Am Freitag morgen begann, wie schon kurz mitgeteilt, im Gebäude des Oberkirchenrats der evangelischen Kirche das kirchliche Dienstgericht seine Verhandlungen im Fall Eckert. Nach der kirchlichen Dienstprozedur sind die Verhandlungen nicht öffentlich, so daß Pressevertreter zu ihr nicht zugelassen worden sind. Pfarrer Löw gehört als einziger unter den Besitzern den religiösen Sozialisten an, während vier der anderen Gerichtsmitglieder der kirchlich-politischen Gruppe der Positiven und drei den Liberalen zugehören. Die Verteidigung Eckerts liegt diesmal in Händen von Dr. Dieß und Pfarrer Kappes und diese Verstärkung der Verteidigung durch einen Theologen dürfte sich von Vorteil erweisen. Anklagevertreter ist der juristische Berater des Oberkirchenrats Dr. Friedrich (Karlsruhe).

Der Strafantrag des Oberkirchenrats gegen Eckert lautet auf Dienstentlassung. Begründet wird dieser Antrag ausschließlich mit der formalen Argumentation der Gehorsamsverweigerung usw. und stützt sich so auf die betreffenden Partien aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Entgegen dem Wunsch nun des Anklagevertreters, über das dem Oberverwaltungsgericht bereits vorgelegene Beweismaterial keine neuen Untersuchungen anzustellen, scheint es in der seitherigen Beweisaufnahme zu einer gründlichen Überprüfung des gesamten Materials gekommen zu sein. Mit einer zweitägigen Mittagspause tagte das Gericht von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, doch wird die Beweisaufnahme am heutigen Samstag noch fortgeführt. Es war ursprünglich mit einer zweitägigen Verhandlungsdauer gerechnet worden, doch scheint es durch diese Ausdehnung der Beweisaufnahme zweifelhaft geworden zu sein, ob die Bewältigung des zurückbleibenden Stoffes und vor allem der Plädoyers an einem Tage gelinge.

Nach Eröffnung der Verhandlungen soll der „Anwalt Eckert“ eine wirkungsvolle Rede gehalten haben, in der er in grundsätzlichen Ausführungen das innerlich zwangsmäßige seines Handelns darlegte. Er streifte darin sein Werden zum Theologen und wies in diesem Zusammenhang nach, daß er aus einer konsequenten evangelischen Genußhaltung heraus so handeln mußte, dem Redeverbot des Kirchenpräsidenten nicht entsprechen konnte, und daher an seiner Haltung nichts zu bereuen und nichts zurückzunehmen habe. Aus seiner Gewissensnot heraus habe er um die Zukunft der Kirche willen seine Stimme gegen den Nationalsozialismus erheben müssen und darin liege auch der Grund, warum er bei gleichgelagerten Voraussetzungen wieder so reden und handeln müßte. ... Dieses Handeln aber aus einer gewissen inneren Verantwortung heraus steht unter Anklage.

Gegen Eckert wurde angeführt, er habe durch seine kämpferische Einstellung große Aufregung in die Kirche hineingetragen und die „Kirchentreuen Kreise“ hielten es heute für unmöglich, daß Eckert noch länger von der Kirche „getragen“ werde. Das ist fast wörtlich die beim Oberkirchenrat stündig wiederkehrende Argumentation gegen Eckert, aber dem Vernehmen nach soll es deswegen zwischen Eckert und der Verteidigung einerseits und dem kirchlichen Anklagevertreter andererseits zu einem scharfen Zusammenstoß gekommen sein. Die religiösen Sozialisten verwahrten sich energisch dagegen, daß die der Kirchenverwaltung anheimenden Kreise vor vorne bereit als „Kirchentreu“ bezeichnet und gewissermaßen als Christen erster Güte in Rechnung gestellt werden, während die Hunderttausende des protestantischen Kirchenvolkes unerwähnt und ignoriert bleiben. Selbst dem Anklagevertreter will es nicht gelingen, die Verhandlungen ganz auf das Geis der „Dienstvergehen“ zu verheben, es ist dies auch unmöglich; denn das Disziplinarverfahren gegen Eckert ist von Anfang bis zu Ende ein politischer Prozeß. Wie offensichtlich aber die politischen Zusammenhänge in diesem — selbstmerkmale hinter verschlossenen Türen sich abspielenden — Prozeß für jeden rechtlich denkenden Menschen sein müssen, zeigt eine höchst treffende Frage des Gerichtsmitgliedes auf das oberkirchliche Argument von der Ernennung der „Kirchentreuen“ Kreise über Eckert: Es sind doch wohl die „Kirchentreuen Kreise“ zugleich immer die kirchenvolkspolitischen und politischen Gegner Eckerts und der religiösen Sozialisten? ...

Bei den Verhandlungen am Samstag sind verschiedene Korrekturen an der Altendartstellung des Oberkirchenrats vorgenommen worden. So ist es u. a. jetzt erwiesen, daß die vom Oberkirchenrat beigebrachten Berichte und Zeitungsausschnitte über die Vorgänge anlässlich der von den Nationalsozialisten geforderten Neuwahl der Versammlung einseitig sind und entscheidender Ergänzungen bedürfen.

Nach der Veröffentlichung der formalen Argumente, die angeführt aus der Sache um das Verbot des evangelischen Geistlichen Eckert die Kirchenbehörde zu solchem Vorgehen gewonnen hätten, geborenen Argumente, wandte sich die Beweisaufnahme den eigentlichen politischen Hintergründen des Falles zu. Auf Antrag der Verteidigung wurde Kirchenpräsident Wirth als Zeuge vernommen, um Aussagen über seine behauptete politische Korruptibilität zu machen. Eine besonders eingehende Vernehmung des Kirchenpräsidenten fand über die Frage seiner Äußerungen zu Pfarrer Dr. Steiger statt. Wie wir schon vor längerer Zeit mitgeteilt hatten, soll Kirchenpräsident Wirth zu Steiger wörtlich geäußert haben:

Bodenseetreffen der Arbeiterinternationale

Am Sonntag wurde in St. Gallen die alle zwei Jahre stattfindende große Tagung der Arbeiter-Internationale der Bodenseeregionen abgehalten. Aus Baden, Württemberg und Bayern, aus dem Boralberg und der Ostschweiz bis zum Valais und Zürichsee waren ca. 8000 Männer und Frauen erschienen, Angehörige der Sozialdemokratischen Parteien, der freien Gewerkschaften, der Jugendverbände, der Sport- und Singsportorganisationen der Arbeiterdicht dieser Länder. Am Vormittag fand bei der Turnhalle eine Massenversammlung statt, bei der Minister Dr. Remmele (Karlsruhe), Nationalrat Ellenbogen (Wien), Kantonsrat Gasparini (Lugano) und Nationalrat Röss (Zürich) über die Notwendigkeit der Sammlung und tatkräftigen Entschlossenheit der Arbeiterklasse aller Länder zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise, gegen den Faschismus und die Kriegsgelahr sprachen.

Der Nachmittag brachte einen Demonstrationsszug, an dem circa 6000 Personen teilnahmen. Ihren Abschluß fand die Tagung mit einem von Walter Hoffmann, Mitglied des St. Gallener Stadtrates verfassten und inszenierten Freilichtspiels „Der Tag“.

Zur Gesichtsbrennung

Bei der Gesichtsbrennung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwendet man die reizenderen und fällende Leodor-Fest-Creme. Tube 60 Pf. u. 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Ölölseide 60 Pf. Zu haben in all. Chlorodont-Verkaufsstellen.

„Wir wollen Sie entlassen, solange es noch möglich ist. Sind Sie erst ständig, so ist es nicht mehr so einfach. Wenn wir die Dummheit besangen haben, Eckert und Genossen nicht rechtzeitig zu entlassen, so wollen wir diese Dummheit nicht noch einmal machen. Schließlich besitzt man die Macht, damit man sie gebraucht.“ Pfarrer Dr. Steiger ist, ebenfalls als Zeuge, Samstag nachmittags vernommen worden und es ergab sich aus dieser Gegenüberstellung eine volle Bestätigung dieses „politisch vorurteilslosen“ Auspruchs. Dr. Friedrichs Argumentation in diesem für seinen Kirchenpräsidenten und ihn so peinlichen Fall beschränkt sich darauf, unbaltbare und durch nichts gerechtfertigte Analogien zwischen der Persönlichkeit Eckerts und des Pfarrers Steiger zu ziehen. Mit dem als notwendig hingestellten Vorgehen der Kirchenbehörde gegen Steiger sollte auch die Notwendigkeit und Richtigkeit eines solchen Vorgehens gegen Eckert bewiesen werden. Der Sinn dieses Drehs besteht aber darin, das abelenkt werden soll.

Nach Schluß der Beweisaufnahme begann noch am Vormittag der Anklagevertreter Dr. Friedrich mit seinem Plädoyer. In seiner nervösen und überreizten Art plädierte er während zwei Stunden mit weit vernehmbarer Stimme für unbedingte Dienstentlassung Eckerts. Ein nicht gerade erhabener Zug dabei war es, daß er erklärte, der Kirchenbehörde liege nicht daran, Eckert finanziell zu schädigen und sie habe daher nichts dagegen einzusetzen, wenn auf Dienstentlassung mit Pension beschlossen würde. Als ob es hier um ein kleines Geschäftchen wegen einiger hundert Mark ginge. ... Mit einer Mahnung und Bitte schloß Dr. Friedrich seine nur an einzelnen Stellen nicht laut genug vernnehmbare Rede: „Lösen Sie die Beziehungen zwischen Pfarrer Eckert und uns. Es geht so einfach nicht mehr weiter. Glauben Sie, meine Herren, wir können das einfach nicht mehr länger ertragen.“ Mit dieser feststehenden Rede war jeder Weg zum Rückzug für die Kirchenführung abgeschnitten, sehr zu ihrem Schaden.

Oberkirchenrat Friedrich versuchte sich dann auf die Position zurückzuziehen, daß, nachdem durch die Revolution die Bindungen der Kirche an die fürstlichen Herrscher aufgelöst hätten, man ihr jetzt keine neuen Bindungen aufzwingen dürfe; die Kirche soll weder kirchlich noch sozialistisch, sie soll christlich sein — der ruhende Pol in dieser Zeit der Wirris.

Demgegenüber wies Dr. Dieß in einer ausgezeichneten Rede das konstruierte unwirkliche und Unmögliche einer solchen Handlung nach. Die Kirche ist eine gesellschaftliche Einrichtung auf Erden und wird daher immer an gesellschaftliche Kräfte gebunden bleiben — die beste Illustration dafür ist der Kampf gegen den Exponenten der sozialistischen Bewegung in der Kirche, gegen Eckert. So wohl Dr. Dieß wie der nach ihm sprechende Mitverteidiger Pfarrer Kappes plädierten auf Freispruch. Besonders Pfarrer Kappes führte eine Reihe religiöser und theologischer Momente ins Feld und warnte die Kirche vor dem — in Rußland und Spanien deutlich sichtbaren — Folgen eines endgültigen Bruches mit dem sozialistischen Proletariat.

Die Urteilsverkündung war für Sonntag vormittag 11 Uhr angesetzt. Das Dienstgericht taute seit 8 Uhr vormittags — und erst um 1 Uhr mittags konnte das Urteil verkündet werden. Gemessen an dem Antrag des Anklagevertreters bedeutet das Urteil materiell eine Freisprechung Eckerts. Es lautete auf Zurückverlegung im Dienstalter um sechs Jahre und so eine verschleierte Form einer Geldstrafe.

Oberbürgermeister Dr. Finter als Vorsitzender führte bei der mündlichen Urteilsbegründung u. a. aus: Bei der Strafverurteilung sei Eckert zugute gehalten worden, daß er glaube, aus Gewissenszwang handeln zu müssen, daß er religiöse Gründe anzuführen in der Lage war und seinen Reich in seiner Gemeinde gewirkt habe. Die in seinem Wesen in Erscheinung tretende Gegenätzlichkeit gegen die Obrigkeit findet sich aber nicht nur bei Eckert, sondern auch in gewissen Kreisen der Geistlichkeit besteht Verwirrung über die Grenze ihres Autoritätsgebühs. Das Urteil stellt also ausdrücklich fest, daß eine über alles wachende Kirchenbehörde ähnliche Anklagen gegen die kirchenvolkspolitischen Gegner Eckerts hätte erheben können.

Das Urteil und vor allem die Urteilsbegründung zum Fall Eckert zeigt, daß dieser „Fall vom Oberkirchenrat von Anfang bis zu Ende einseitig aufgeblasen war und bestätigt, die Richtigkeit der Stimmen all derer, welche auf die einseitig-parteilich-politische Einstellung des Oberkirchenrats hingewiesen haben. Wenn auch kein restloser Freispruch von Pfarrer Eckert erfolgte, wie man es im Kreise der religiösen Sozialisten gewünscht hätte, so bringt die Verhandlung doch eine Klarstellung des heutigen evangelischen Kirchenregiments, des Kirchenpräsidenten Wirth und seines juristischen Beraters Dr. Friedrich (diese wollten bekanntlich die Entfernung Eckerts), aus dem sich früher oder später entsprechende Konsequenzen ergeben müssen. Das Urteil ist eine schwere Niederlage des heutigen Regimes im evangelischen Oberkirchenrat und die evangelischen Sozialisten werden es sich sicher angelegen sein lassen, hier Remedur zu schaffen.

wird kommen ...“, das mit Bewegungsschören und Sprechschören die Bekretung der Arbeit und den Kampf für die Freiheit behandelt.

Am Samstagabend fand ein Internationales Jugendentreffen mit Adelslug (Katt, bei dem Nationalrat Heins (Wien) die Anrede hielt.

Englische Arbeiterregierung und Arbeitslosenversicherung

Die Arbeiterregierung wird die Arbeitslosenunterstützung nicht abgeben, obwohl die Arbeitslosenkommission in ihrem vorläufigen Bericht eine Leistungszunahme in der Arbeitslosenversicherung für den Fall, daß keine Beitragsrückzahlung erfolgt, vorgeschlagen hat. Die Regierung wird zunächst den abschließenden Bericht der Kommission abwarten; sie will jedoch, wie verlautet, ein Gesetz zur Bekämpfung von Mißbräuchen in der Arbeitslosenversicherung einbringen.

Die englische Regierung für internationales Agrar-Kreditinstitut

Die englische Regierung hat die Konvention über die Errichtung eines internationalen Agrarkreditinstitutes, die der Völkerbundsrat in seiner Maiagung beschlossen hat, unterzeichnet.

Wo bleibt die Abrüstung?

Vern, 12. Juni. Der Nationalrat hat dem Antrag des Generalsekretärs Roghair über die Herabsetzung der Militärtausgaben mit 109 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten alle Bürgerlichen außer Roghair, dafür die Sozialdemokraten.

Gewerkschaftliches

Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahngewerkschaften über die Durchführung der von der Notverordnung vorgeschriebenen Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn kamen zu einem gewissen Abschluss. In der Hauptsache dürfte sich die Arbeitsbeschaffung folgendermaßen gestalten:

Durch Überarbeiten sollen rund 60 000 Arbeiter — nicht 12 000, wie in der Presse behauptet worden war — etwa fünf Monate lang beschäftigt werden. 60 Prozent der zusätzlichen Arbeiter will die Reichsbahn in eigener Regie durchführen und 40 Prozent durch Privatunternehmer fertigtstellen lassen. Von den 60 000 neu einzustellenden Arbeitern würden 38 000 Zeitarbeiter, d. h. Eisenbahnarbeiter sein, während der Rest von 24 000 Arbeitern aus Arbeitslosen der Privatindustrie geholt werden müßte.

Die Regierung hat der Reichsbahn die Verpflichtung auferlegt, daß die neu einzustellenden Arbeiter nur 40 Stunden arbeiten. Diese Arbeitszeiterhöhung soll jedoch auf die übrigen Bahnunterhaltungsarbeiter nicht übertragen werden. Ferner sieht die Notverordnung vor, daß die neu einzustellenden Arbeitskräfte aus der Masse der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen genommen werden. Ausgewählte dürfen nicht verwendet werden. Das Reich beabsichtigt damit die Entlastung der Staatsausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Schließlich fordert die Regierung, daß die neu einzustellenden nach Möglichkeit im Laufe der Arbeitskampagne von fünf Monaten ausgemacht werden. Eine zu starke Auswechslung — etwa jeden Monat oder alle zwei Monate — würde unwirtschaftlich wirken und die Unfallgefahr steigern. Auch ist zu bedenken, daß bei den Überarbeiten (Briden- und Tunnelbauten) die Unfallgefahr eine große Rolle spielt. Trotzdem wird sich eine gewisse Auswechslung infolgedessen ermöglichen lassen, als die Arbeiten an verschiedenen Stellen angesetzt werden. Infolgedessen können bei jeder Inangriffnahme der zusätzlichen Bahnunterhaltungsarbeiten an einer neuen Stelle neue Arbeitskräfte aus der Nachbarschaft des neuen Arbeitsstandortes herangezogen werden.

Für die weitestgehende Kanalfahrt wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Neuregelung des Manteltarifs bis Ende Februar 1932 vorsieht. Es handelt sich bei der Neuregelung nur um geringe Änderungen in der Ueberfahrungsbeschaffung bei Savarien und Bahnen der Kanalfahrt auf dem Rhein.

Tabakarbeiter und Notverordnung. Die Zahlstelle Karlsruhe des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hielt Mittwoch, 10. Juni, im Volkshaus eine Versammlung mit dem Thema: „Die neue Notverordnung“ ab. Der Referent, Gauleiter Kollege L. Klein aus Seidelberg, machte in ausführlicher Weise die in großer Zahl erschienenen Mitglieder mit der neuen Notverordnung bekannt. Mit großer Entrüstung nahmen die Anwesenden von der Verschlechterung für die arbeitslosen Tabakarbeiter Kenntnis. Besonders empörte es die Tabakarbeiter, daß die Sonderunterstützung für die Tabakarbeiter fallen, für die Unternehmer bestehen bleiben soll. — Anschließend wurde die Führung der Kollegin A. Kleins, die 25 Jahre dem Deutschen Tabakarbeiterverband die Treue anheftet, hat, vorgenommen. Kollegin A. Kleins, die 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle Karlsruhe, begrüßte die Teilnehmer und überreichte ihr ein sinniges Geschenk, Gauleiter Kollege L. Klein überbrachte die Glückwünsche der Gauleitung und des Hauptvorstandes. Die 1. Bevollmächtigte wies auf die Bedeutung einer 25jährigen Verbandszugehörigkeit hin und forderte die Anwesenden auf, alles daran zu setzen, jeden noch fernstehenden Kollegen und Kollegin der Organisation zuzuführen. Mit den Worten „Treue un Treue“ schloß die 1. Bevollmächtigte die gut verlaufene Versammlung.

„Erhebung über das Arbeiten an Schreibmaschinen.“ 1. Heft der sozialistischen Schriften des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes. Freier Volksverlag G.m.b.H., Berlin NW 40, Werffstr. 7, 48 S., illust., Preis RM. 1.25, für Dra-Mitglieder RM. 0.80. — Bis in die jüngste Zeit hinein ist dem gesundheitslichen Schutz des Angestelltenberufes wenig Beachtung geschenkt worden. Man darf sich kaum Recht bewahren, daß er in wissenschaftlicher Beziehung als Ausland bezeichnet werden kann, im Gegensatz zu den Arbeitern, die schon seit Jahrhunderten eine ausgebildete Arbeitszeiterfassung, der die Fortschritt auf gewerbetätigen Gebieten weitestgehend zugrunde liegt, besitzen. In den letzten Jahren hat die Rationalisierung auch für große Schichten der Angestelltenklasse zu einer verstärkten Mechanisierung des Arbeitsprozesses durch Einführung moderner Büromaschinen geführt. Hand in Hand hiermit ging eine weitgehende Spezialisierung verbunden mit Einzelarbeit der Berufsbezüger und erhöhtem Arbeitstempo. Es ist vom RM-Bund erstmalig der Versuch unternommen worden, auf dem Gebiete der Sozialhygiene vorzudringen. Er hat es für notwendig gehalten, die Berufsgruppe, die durch die Rationalisierung und Mechanisierung am stärksten betroffen wird, in erster Linie herauszugreifen. Das die Gefahr einer gesundheitlichen Schädigung vorliegt, hat die Erhebung, die sich mit dem gesundheitslichen, technischen und betriebsorganisatorischen Verhältnissen der an der Maschine Beschäftigten befaßt, durch ihr aufschlußreiches Material erbracht. Die Broschüre ist unter fachärztlicher Mitwirkung geschrieben und dürfte für alle beteiligten Kreise wertvolle Aufschlüsse und Anregungen bringen. Sie dürfte auch, insbesondere die dem technischbetriebsorganisatorischen Standpunkt, über den Kreis der an den Maschinen Beschäftigten von Interesse sein.

Partei-Nachrichten

Kampf der kommunistischen Spaltungsarbeit!

Unter Berufung auf die in den Verhandlungen der Parteitagung in Leipzig erfolgten Mitteilungen über die in Köln erscheinende und im ganzen Reich verbreitete Zeitschrift „Der rote Kämpfer“ hat der Parteivorstand in seiner Donnerstagssitzung folgenden Bescheid:

Die Zeitschrift „Der rote Kämpfer“, marxistische Arbeiterzeitschrift, Herausgeber und verantwortliche Schriftleiter: Joseph Krenner, Köln, Roonstraße 43, 2., Druck: S. Walter u. Co., Düsseldorf, ist ein parteifeindliches und ein parteischädigendes Organ. In der Zeitschrift, die angeblich von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten herausgegeben wird, aber in ihrer ganzen Art kommunistische Spaltungsarbeit dient, werden fortgesetzt in den Artikeln, die alle anomie erscheinen, die schwersten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Partei verbreitet, die geeignet sind, das Ansehen der Partei zu schädigen und das Vertrauen zu ihr zu erschüttern.

Die Herausgabe, Mitarbeit und Verbreitung der Zeitschrift „Der rote Kämpfer“ ist ein parteischädigendes Verhalten.

Berlin, den 11. Juni 1931.

Der Parteivorstand.

Angestellte und Gewerbeaufsichtsamt

III.

Es hat sich gezeigt, daß im Kreislauf der industriellen Entwicklung das Handelsgewerbe eine nicht geringe Rolle spielt; es hat auch alle Merkmale dieser Entwicklung zu tragen. So stellt denn der Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes fest, daß von der durch die allgemeine Wirtschaftslage hervorgerufenen Arbeitslosigkeit die Angestellten weit mehr betroffen werden, wie die anderen Berufe. Das ist durchaus richtig; das erste Halbjahr 1931 hat diese Auffassung noch unterstrichen. Was die behauerliche Wirkung noch veranschaulicht ist der Umstand, daß es einem abgebauten Angestellten leichter mehr gelohnt, irgendetwas Lohnende Beschäftigung zu finden. Weiteren Angestellten ist es nahezu unmöglich, noch irgendwo unterzukommen.

Die Beschäftigten in Handelsbetrieben

Das Gewerbeaufsichtsamt hat im Berichtsjahre 1930 an Handelsbetriebs-Beschäftigten 2814 vorgenommen, gegenüber 2801 im Jahre vorher. Von diesen entfielen 102 Beschäftigten auf Betriebe mit mehr als 50 Angestellten und 768 auf kleinere Betriebe mit einer Arbeitnehmerzahl von 5-50 Personen. In den kleineren Betrieben mit weniger als 5 Angestellten und ohne motorische Kraft fanden 1689 Betriebsbeschäftigungen statt. Eine Anzahl von Betrieben wurde zwei- und mehrmals beschäftigt; es handelt sich in der Hauptsache um die großen Warenhäuser und ähnliche Betriebe, deren Gefährlichkeit häufige Beschäftigungen erfordert. — Das Gewerbeaufsichtsamt sieht aus zahlreichen persönlichen Auswertungen und Anfragen der Angestellten die Schlussfolgerung, daß die staatliche Aufsicht nunmehr auch in Angestelltenbetrieben Beachtung findet und daß ihre Tätigkeit als wesentlicher Bestandteil des Angestelltenlebens gewertet wird. Das ergeht sich, so laut der Bericht weiter, auch daraus, daß die Bestimmungen über die Arbeitszeit im großen und ganzen in den Handelsbetrieben besser Beachtung finden, wie im Vorjahre. — Allerdings sehen die Aufstellungen darüber, was ist freiwillige Arbeitszeit, zwischen den Inhabern von Handelsbetrieben und der sozialen Aufsichtsbehörde auseinander. Eine kleine Bank vertrat z. B. vor Gericht den Standpunkt, daß eine tägliche Arbeitsdauer von 16 Stunden eine freiwillige Leistung sei; sie ließ sich diese „Freiwilligkeit“ sogar von ihren Angestellten bestätigen.

Der Lohnschluß

Mehr wie in den Vorjahren waren beim Gewerbeaufsichtsamt diesmal Klagen über mangelhafte Einhaltung der vorgeschriebenen Lohnschlüsse eingegangen. Es handelte sich allerdings meistens um rein ländliche Gemeinden. Um in solchen Fällen den Bedürfnissen ihrer Einwohner Rechnung zu tragen, hat das Gewerbeaufsichtsamt sich damit einverstanden erklärt, daß auf Grund von § 9 der Arbeitszeiterordnung für Angestellte an 20 Tagen im Jahr, meistens an Sonnabenden, der Lohnschluß auf 21 Uhr festgesetzt wurde.

Im Gegensatz hierzu kann der Bericht konstatieren, daß die Durchführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe im allgemeinen keine großen Schwierigkeiten bereitet. Auch in den Einzel-

handelsbetrieben habe sich die Sonntagsruhe eingebürgert. Mit Recht bemerkt das Gewerbeaufsichtsamt: „Wir halten die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für ein so wertvolles Kulturgut der Gesellschaft und Angestellten, daß man die inzwischen geleistete Erziehungsarbeit an dem Käufer nicht wegen einer Hoffnung gestören sollte; denn man kann doch feststellen, daß das Publikum sich mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durchaus zufrieden zufriedengefunden hat.“

Beschäftigte Lehrlinge und Angestellte

Ein trübes Kapitel! Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Beobachtung gemacht, „das in einzelnen Betrieben eine im Verhältnis zu der Gesamtzahl von Angestellten zu große Zahl von Lehrlingen beschäftigt wurde“. Ein paar Beispiele bestätigen diese Beobachtung. Dagegen weist es auch hin auf die vorbildliche Lehrlingsausbildung einer größeren Drogerie, welche sich um die Einrichtung von Drogerielehrkursen an den Handelshochschulen bemühte und es erreichte, daß die Lehrlinge in den wichtigeren kaufmännischen Fächern befreit und dafür wöchentlich 6-8 Stunden in den drogeriefachlichen Facharbeiten unterrichtet wurden, während die nicht kaufmännischen Lehrlinge und die Gehilfen in Abendkursen zusammengeführt wurden mit dem hauptsächlichsten Ziel, am Schluß vor dem Reichsprüfungsausschuß für das deutsche Drogeriehandwerk das für Gehilfen unerlässliche Examen abzulegen. Ein Bemühen, das man nur unterführen kann.

Die Rationalisierung der Banken

Bekanntlich hat die schon vor zwei Jahren erfolgte Zusammenlegung der sog. De-De-Banken unter den Angestellten große Aufregung hervorgerufen. Das Gewerbeaufsichtsamt hat sich bemüht, diese Abbaubestrebungen weniger fühlbar zu machen und soziale Gesichtspunkte bei den erfolgten Entlassungen zu erwägen. Es seien in erster Linie jüngere Angestellte abgebaut worden, dann wären auch Abfindungssummen an die Abgebauten bezahlt worden. Abgebaut wurden auch verheiratete Frauen, deren Männer sich in Stellung befinden oder Angestellte, die infolge der langen Dauer ihres Arbeitsverhältnisses Anspruch auf Pension hätten. Vor allem wurde strenge Weisung gegeben, willkürliche Entlassungen zu vermeiden. Da sagt das Gewerbeaufsichtsamt nun allerdings, daß es in dem Bestreben, ausweiten der abgebauten Angestellten des Bankgewerbes jede Überarbeit zu unterbinden, stark gehemmt wurde durch das Vorgehen der meisten städtischen Sparkassen, die nach Bedarf von ihren Angestellten die Leistung von Überstunden aneignen, sogar noch unter Beachtung der tariflichen Zuschläge verlangen. Im Hinblick darauf, daß die Sparkassen der Aufsicht des Gewerbeaufsichtsamtes nicht unterliegen und sie auch den Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung nicht unterworfen sind, hat dieses mehrfach versucht, durch städtische Verhandlungen Abhilfe zu schaffen. Auch von Seiten des Badischen Ministeriums des Innern sind dem Antrag entsprechend die Stadtwahlungen gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß die Sparkassen durch Einstellung von Ausschüßfräften Überarbeit vermeiden. — Man kann nur wünschen, daß diese Bestrebungen Erfolg gehabt haben.

Gemeindepolitik

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung

Wichtigem. Obige Frage in unserer Gemeinde in der heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Dellektion zu lösen, ist dem fleißigen Gemeinderat wirklich ein Rätsel. Die im Frühjahr zur Einberufung der Arbeitslosigkeit in Anruff genommenen Entwässerungsarbeiten, sind nunmehr ihrer Vollendung entgegen gegangen. Große finanzielle Schwierigkeiten bereiten der Gemeinde die 1. St. in Angriff genommenen Arbeiten. Heute nachdem die Arbeiter, mangels Arbeit und Geld entlassen werden mußten, steht die Gemeindeverwaltung erneut vor dem größten Rätsel. Zu einer eingehenden Beratung berief der Gemeinderat am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ein unter Hinzuziehung sämtlicher unterstützungsberechtigten Arbeitslosen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wurde eingehend erörtert, ohne jedoch zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Ohne Zweifel wären da und dort Notstandsarbeiten durchzuführen, doch fehlen der Gemeinde in der heutigen schiefen Zeit die hierfür notwendigen Geldmittel. Von Seiten der ausgeheuereten Arbeitslosen wurden ihre berechtigten Klagen erhoben. Es ist wirklich ein Jammer in unserer Gemeinde, denn alle zur Verfügung stehenden Geldmittel, sind meistens erschöpft, sodaß hier unbedingt staatliche Hilfe zur Linderung der größten Not notwendig ist. Den Verarmten der Armen wurde anheim gestellt, an den Gemeinderat ein Gesuch zu richten, um Übernahme der Kosten für die Nahrungsmittel. Ob dem entsprochen werden kann, ist für die Mehrzahl der Arbeitslosen noch eine Frage. In dieser Stelle sei aber dem Gemeinderat der Vorschlag gemacht, ob es nicht möglich wäre, in den Gemeindeforderungen Kulturarbeiten im Notstandsprogramm auszuführen? Gewiss wäre der finanzielle Teil durch langfristiges Kapital oder Amortisation zu bedenken. Dies wäre die einzige Möglichkeit, um dem Grauen ein Ende zu bereiten. Gewiss würden diese Arbeiter in Kürze nicht rentabel sein, jedoch mit der Zeit der Jahre, dürften sich die notwendig gewordenen Kulturarbeiten für die Gemeinde sicher lohnen.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghaupten

Heuarbeitszeiterungsprotokoll wird genehmigt. Das Protokoll bezüglich der den Farnenfußers wird nur zum Anschlag genehmigt. Ein Erlass des Ministeriums des Innern betr. Unterstützung hilflosbedürftiger Minderjähriger wurde zur Kenntnis gebracht. Sämtlichen Gebäudenebensteuerpflichtigen wurden Steuernachlässe aus Billigkeitsgründen teilweise bis zu 100 Prozent bewilligt. Ein Bürgerlohn wird zum Antritt des angebotenen Bürgerrechts ausgelassen. Zur Abhaltung von Parteiberatungen werden folgende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt: der Sozialdemokratischen Partei das alte Ratszimmer, der Zentrumspartei das Grundbuchzimmer. Ein Quantum Dungs von Dreifelhof wird an einen Interessenten für 1.— RM. abzugeben.

Chefbediente: Georg Schmitt, Verantwortlich: Volker, Prentan Baden, Volkswirtschaft, aus allen Welt, beste Nachrichten: E. Grubbaum, Samstag, Gemeindefache Nachrichten, Partei, Rheinbadische Chronik, aus Mittelhoben, Durich, Gesundheitswesen, Prentan. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeinde, politisch, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistische Jugendzeitung, Heimat und Wandern, Ausflüge: Josef Eisele, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Eulay Krüger, Schmittsche Anzeigenteil in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Volksgedruckerei, Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe

Aus dem Gerichtssaal

Kindesmishandlung

Im Karlsruhe, 13. Juni. Einen Fall über Kindesmishandlung hatte die Strafbekleidungs des Amtsgerichts (Einzelrichter: Amtsgerichtsrat Badlich) zu verhandeln. Wegen Körperverletzung angeklagt waren die Eheleute Friedrich und Anna Saller, Leopoldsdorf. Die Verhandlung entrollte das Martialisches eines Kindesmishandlung. Der Gemann hatte zum letzten Male geblutet und seitdem die Stiefmutter im Haus war, begann die Lebenszeit seines 17jährigen, etwas schwächlichen Sohnes. Mishandlungen, an denen er sich unter dem Einfluß der Frau lebend, beteiligte, waren an der Tagesordnung. Der Sohn wurde mit der Gabel gestochen, erlitt häufig Schläge mit dem Besenstiel oder mußte die „Erziehung“ mittels der Futterheutele spüren. An verschiedenen Stellen des Körpers konnte der Arzt die Spuren der unmenslichen Behandlung feststellen. Die unmenslichen Eltern trieben das Kind zur Verzweiflung, so daß es einen Selbstmordversuch machte und sich erhängte. Glücklicherweise konnte es gerettet werden, ehe es zu spät war. Die Fürsorgebehörde nahm sich dann seiner an und befreite ihn aus den Händen der Eltern. Das Gericht erkannte lediglich auf Geldstrafen; der Gemann erhielt 80 Mark, seine Frau 40 Mark wegen Körperverletzung.

Mannheimer Schwurgericht. Vor dem Schwurgericht in Mannheim stand der 33jährige Straßenbahnkassierer Georg Karl Nezer um sich wegen Mordversuchs und Unterschlagung im Amte zu verantworten. Er hatte den Betrag von 198 Mark veruntreut und aus Furcht vor der Entdeckung beschloß, seine Familie und sich mit Gas zu vergiften. Das Sammeln der dem Erstickungstode nahen Kinder rührte ihn und er rief um Hilfe. So konnte ein entsetzliches Unheil verhindert werden. Das Gericht ließ weitgehend Milde walten und erkannte gegen den Angeklagten wegen erschwerter Körperverletzung und Unterschlagung auf 8 Monate Gefängnis abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Nach Verbüßung der halben Strafe wird Strafaufschub auf Wohlverhalten erwogen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Besitz Klippur (Gartenstadt, Klippur, Dammertod)
„Notverordnung und Sozialversicherung“ steht als Vortag auf der Tagesordnung der nächsten Bezirksversammlung. Diefelbe findet Mittwoch, 17. Juni, 20 Uhr, im Kindergarten statt. Ein sachkundiger Redner ist gewonnen, der Gen. Thomas. Auch Volksfreundler sind willkommen.

Vergeben Sie Ihre Jugend? Leben, der sein Gesicht nicht fadenmäßig ist, kann man den Vorwurf machen, daß er Jugend vergeudet. Kluge Damen wie Herren nehmen zur Gesichtspflege die famos heisende Martialis-Creme, denn diese gibt Schönheitssteigerung und erhält lange Jahre hindurch junges, frisch frisches Aussehen, was durch über 22 000 Dankgebenden (notariell beglaubigt) bekundet wird. Kostenvolle portofreie Probe durch den Martialis-Betrieb, Berlin 284, Friedrichstr. 24a.

Lehn BÜRGER Nümmen **Dina 3 Pünibloynn**
Durch Spezialisierung höchste Qualität • Jahresproduktion 80 Millionen Stück
10, 12 und 15 Pfennig
auch in 5-Stück-Packung erhältlich

Es gibt noch Gewinne

Lantiemen in der Schweiz

Die Generalversammlung der IG-Farbenindustrie in Frankfurt a. M. hat das überraschende Ergebnis erzielt, daß — selbst im „Notjahr“ 1930 die Erhöhung der Dividende und erhebliche Abschreibungen möglich sind. So sind im vorangehenden Geschäftsjahr bei diesem größten deutschen Chemie-Truist 57,3 Millionen Mark abgeschrieben worden. Die zum Konzern gehörige **Norsk-Hydro** in Oslo erhöht die Dividende von 6 auf 8 Prozent. Die Muttergesellschaft verteilt wie im Vorjahr 12 Prozent Dividende und den gleichen Gewinnanteil wie im Jahre 1929.

Ein kurzer Überblick über die Jahresberichte der europäischen Banken und Industrieunternehmen ergab dieses Bild dahin, daß im allgemeinen für das Krisenjahr 1930 mindestens dieselben Lantiemenausüttungen vorgenommen werden wie in den Jahren der Hochkonjunktur 1928 und 1929.

Im folgenden eine Zusammenstellung von Lantiemenausüttungen Schweizerischer Großunternehmen, in der zum Vergleich mit dem Jahr der Hochkonjunktur 1929 die entsprechenden Beträge angeführt sind:

	Lantieme in 1000 Franken	
	1930	1929
Bankverein Basel	756	789
Eidgenössische Bank	274	259
Leu u. Co., Zürich	234	237
Bankgesellschaft	200	200
Bodenkreditanstalt	83	59
Unfall „Zürich“	222	210
Valoche Lebensversicherung	160	160
Winterthur Unfall	192	169

	Lantieme in 1000 Franken	
„Seldetia“ St. Gallen	113	85
Nestlé-Gesellschaft	545	537
Eisen- und Stahlwerke G. Fischer	163	204
Akkumulatorenfabrik Derlison	104	104
Gesellschaft für Chem. Industrie, Basel	265	279
Bah W. G., Basel	40	27
Publicitas S.A.	161	136
„Globus“, Zürich	109	97
Portlandement Basel	53	51
Industrie du Gaz Genf	55	50
Bulzer-Unternehmen, Winterthur	156	162
Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaft	50	43
Alfa Finanzgesellschaft, Zürich	73	92

Aus der kurzen Aufstellung ergibt sich, daß folgende Gesellschaften ihre Lantieme mitten in der Krisenzeit erhöht haben:

Die Eidgenössische Bank, die Firma Leu u. Co., die Bodenkreditanstalt, die Unfallversicherung Zürich, die Unfallversicherung Winterthur, die Gesellschaft Seldetia, die Nestlé-Gesellschaft, die Publicitas S.A., die Globus W. G. Zürich, die Portlandement Basel, die Industrie du Gaz, die Elektrizitäts- und Verkehrsgesellschaft! All das mitten in der Krisenzeit!

Das Gros der Schweizerischen Großgesellschaften hat aber nach wie vor die Lantiemenausüttungen von 1929 aufrecht erhalten oder nur in ganz geringem Umfang abgebaut.

Der Kammer über den „Kapitalchwund“ der Besitzklasse ist also, wenn man die Lantiemenausüttungen für 1930 betrachtet, absofut unbedeutend! Wenigstens im Land der Kapitalaufhebung, dem Eldorado aller Steuerhinterzieher, in der Schweiz. Und wie viel Geld deutscher Großindustriellen ist wohl in der Schweiz, ohne daß es die Auswirkungen der Notverdringung verspürt?

Aus aller Welt

700-Jahrfeier der Stadt Marienburg

Im Saale des Großen Remter auf der Marienburg fand im Beisein des Reichspräsidenten die Feier des 700jährigen Bestehens der Stadt Marienburg statt.

Zwei Flugzeuge abgestürzt

Saarbrücken, 13. Juni. Das Flugzeug Saarbrücken-Köln D 1455 stürzte heute vormittag über der alten Artilleriekaserne aus einer Höhe von 100 Meter brennend ab, wobei der Pilot, ein Bordmonteur und zwei Passagiere ums Leben kamen.

Deffau, 13. Juni. Heute mittag gegen 18 Uhr ereignete sich in Deffau ein schweres Flugzeugunfall. Das Schulflugzeug des Vereins für Luftfahrt, „Böde“, stürzte infolge eines Bedienungsfehlers in einer Kurve aus etwa 100 Meter Höhe ab, fiel auf die Erde und verbrannte. Offenbar ist der Benzinbehälter explodiert. Der Pilot, ein Zugsführer und der Passagier Bartels verbrannten.

Deutschrussische Flüchtlinge nach Brasilien

In Bremen traf wiederum ein Transport deutsch-russischer Flüchtlinge, aus dem Lager Mülln kommend, ein. Die deutschstämmigen Russen reisen am Montag mit dem Dampfer „Madrid“ des Nordloos nach San Francisco de Sul, wo sie das Schiff zur Fahrt nach dem Innern Brasiliens und zwar nach St. Catharina in der Nähe der deutschen Siedlung Blumenau verlassen.

Bestechungsaffäre in Karlsruhe

NRW, Berlin, 13. Juni. Unter dem dringenden Verbot der Bestechung wurden vier Schutzpolizisten in Haft genommen. Der aufsehenerregenden Tatsache liegen folgende Vorgänge zugrunde: Vor einiger Zeit wurde auf der Rennbahn in Karlsruhe eine Wassa veranstaltet, um dem Treiben der wilden Buchmacher zu steuern. Bei ihren Beobachtungen auf der Rennbahn stießen die Kriminalbeamten auf Schwierigkeiten, die den Verdacht aufkommen ließen, daß die Buchmacher gewarnt worden seien. Ein Kriminalkommissar erhielt deshalb den Auftrag, der Anzeigengeber auf den Grund zu gehen. Bei den Beobachtungen erlitten mehrere Beamte der Schutzpolizei in den Verdacht, die Maßnahmen der wilden Buchmacher geduldet und sie vor den Kriminalbeamten gewarnt zu haben. Das war um so wichtiger, als die Kriminalbeamten jedesmal ausgemerzt wurden und den Buchmachern nicht, wohl aber den Schutzpolizisten bekannt waren. Seit sind auf Grund der Ermittlungen vier Schutzpolizisten in Haft genommen worden. Darunter befinden sich ein Polizeimeister und ein Hauptmann, die a. e. t. a. sind und dem Richter bereits vorgeführt wurden, der gegen sie Haftbefehl erlassen hat. Die beiden anderen Beamten sind ebenfalls überführt worden.

Die Eröffnung der neuen Fordwerke in Köln

In Köln wurden die neu erbauten Fordwerke in Köln-Niehl durch den Oberbürgermeister Dr. Widenauer eröffnet. An der Eröffnungsfeierlichkeit haben Vertreter der Stadt Köln und der Behörden des Rheinlandes teilgenommen.

Bürokratismus

Ein alter Invalide von 60 Jahren erhielt von seiner Tochter, die in Amerika wohnt, zum Lebensunterhalt ein Paket. In diesem Paket war auch ein Rollschinken. Dieser Rollschinken wurde dem Invaliden von der Poststelle Essenleroth jedoch nicht ausgehändigt weil vor der Herausgabe die Fleischbehaufte denselben untersuchen mußte. Es wurde festgestellt, daß der Schinken nicht das vorgeschriebene Gewicht von 4 Kilo aufwies. Es heißt nämlich in den Ausführbestimmungen für Völkfleisch, daß die Stücke mindestens 4 Kilo wiegen müssen. Es fehlten nun einige Gramm, da derselbe durch den langen Transport etwas eingetrocknet war. Auf eine Einnahme teilte das Preussische Ministerium folgendes mit: Die Einfuhr von zubereitetem Fleisch im Gewicht bis zu 4 Kilo ist nach den Vorschriften des Reichsfleischgesetzes grundsätzlich verboten. Ich vermag daher die Einfuhr des für P. in Essen lagernden Rollschinkens im Gewicht von 3,9 Kilo auch nicht ausnahmsweise zu genehmigen.

Französische Getreidekäufe in Südspanien

Paris, 13. Juni. (Funkdienst.) Nach Mitteilungen der Morgenzeitungen sind zwischen Frankreich und Südspanien Verhandlungen über den Ankauf südspanischer Getreidevorräte im Gange, die bereits kurz vor dem Abschluß stehen sollen.

Polizeiaktion gegen kommunistischen Kampfbund im Ruhrgebiet

NRW, Essen, 13. Juni. Die Polizei nahm heute mittag in dem Gebäude des kommunistischen Kampfbundes in der Friedrich Ebertstraße und im Parteihaus der kommunistischen Partei in der Rottstraße eine Durchsuchung vor. Eine Parallellaktion hat zu gleicher Zeit in Duisburg stattgefunden.

Zusammenstoß bei einer Autonomienkundgebung in Colmar

Colmar, 14. Juni. In Colmar trat gegenwärtig der ostfranzösische Bezirksverband der Radikalen Partei. Eine gestern abend veranstaltete öffentliche Kundgebung wurde von autonomistischer Seite mit einer Gegenkundgebung beantwortet. Hierbei kam es zu Zusammenstößen, in deren Verlauf der autonomistische Abgeordnete Kojé nicht unerheblich verletzt wurde. Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Die Elektro-Stenotypistin

Das elektrische Dornröschen im Patentamt

Der Augsburger Ingenieur Hermann Tiefenbacher hat die elektrische Stenotypistin erfunden. Noch hat sie ihren Siegeszug durch die Welt der Büros nicht angetreten; noch schimmert sie in den Regalen des Reichspatentamts zwischen dem automatischen Schreibapparat und dem leuchtenden Nachtschiff. Dem Erfinder steht das Kapital, um seine komplizierte und kostspielige Apparatur serienweise herzustellen.

In unserer Zeit unerhörter technischer Sensationen darf die Konstruktion dieses Apparates nicht allzu großes Erstaunen hervorrufen. Wir empfinden es als selbstverständlich, daß ein Mikrophon das gesprochene Wort aufnimmt, ein Sender es in unsichtbare Wellen umsetzt, ein Lautsprecher es Tausende von Kilometern entfernt wieder in Schall verwandelt. Nicht viel anders arbeitet die Maschine Tiefenbachers. Das gesprochene Wort setzt sich in elektrische Schwingungen um, die je nach ihrer Art bestimmte Kontakte auslösen. Diese Kontakte wirken auf eine normale Schreibmaschinentastatur. Das heißt ganz normal ist sie nicht. Denn es wird eine Unmöglichkeit bleiben, einer toten Maschine die wirklichen Regeln der Orthographie beizubringen, an denen ja die deutsche Sprache so reich ist. Sie schreibt, wie man spricht, ohne greife Anfangsbuchstaben, ohne interpunktionelle und rechtschriftliche Feinheiten — also etwa im Stil eines Telegramms. Zudem erscheint natürlich jede Lautschwingung als Pöbel auf dem Papier; wer also nicht imstande ist, sein Diktat im reinsten Hochdeutsch mit hübenmäßiger Aussprache vorzutragen, wird sein blaues Wunder erleben. Es gibt ja kaum einen Menschen, der dialektfrei

spricht; wie ein störrischer Fiel wird sich die Elektro-Stenotypistin, die vielleicht das Ausbrücker Schwäbisch ihres Erfinders „wöndt“ ist, gegen die Mundart etwa eines sächsischen oder rheinischen Chefs sträuben. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als die Arbeit dieser Maschine nochmals abgeschrieben und ins Orthographische übertragen zu lassen — und zwar von einer echten lebenden Stenotypistin. Dabei wäre aber kaum etwas gewagt, wenn abgesehen von den ungeheuren Anschaffungskosten dieser Apparatur.

Wenn der Maschine Tiefenbachers überhaupt Bedeutung beigemessen werden muß, dann als automatischer Stenograph in Parlamenten und Versammlungen, wo es darauf ankommt, daß kein Wort vergessen und kein Zwischenruf ausgelassen wird. Man wird allen Phasen einer öffentlichen Aussprache wortgetreu folgen können, ohne daß die Redner, wie es so oft vorkommt, einen wichtigen Satz hinterher nicht mehr haben wollen und dem Stenographen einen „Särfehler“ unterschieben.

Die Stahlhelmzeitung verboten

Der Polizeipräsident von Berlin hat die Zeitung Der Stahlhelm auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 bis einschließlich 28. Juni verboten. Begründung: In Nr. 23 des Stahlhelms sei der Reichsminister und der Finanzminister durch eine Karikatur grob beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden.

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Joos in Paris

Im Vortragssaal der Carnegie-Stiftung in Paris hielt der Reichstagsabgeordnete Joos einen Vortrag über die jüngste Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland und die Gründe hierfür. Joos hob die Wirkung der Arbeitslosenfrage besonders auf die Jugend hervor, die ohne Zukunft und ohne Hoffnung sei. Deutschland tue alles, um wieder hoch zu kommen, aber die Welt dürfe nichts tun, um dieses Wiederhochkommen unmöglich zu machen oder in Frage zu stellen.

Brand vor den Frontkämpfern

Vor einer Tagung der Frontkämpfervereinigungen erklärte Brand er habe versucht, den Frieden zu organisieren und er hoffe, daß demnächst die letzten Mißverständnisse, die hauptsächlich zwischen Frankreich und Deutschland bestünden, fallen würden. Das werde nicht leicht sein und vielleicht lange dauern; es sei aber kein Grund sich entmutigen zu lassen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unter dem Einflusse eines über Mitteleuropa herangesogenen Hochdruckgebietes hatten wir gestern beiteres und warmes Wetter bei östlichen Winden. Eine neue atlantische Zirkulation ist über Europa herangezogen und hat uns heute aufziehende Westwinde gebracht. Der Vorüberzug eines Ausläufers der Zirkulation verurteilt heute Nacht stellenweise leichte Gewitter.

Wetterausflüster für Dienstag, den 16. Juni 1931:

Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, mäßig warm bei leichtem, lebhaften Südwestwinden.

Wasserstand des Rheins

Basel 190; Waldshut 377; Schaffersheim 260; Kehl 384; Mannheim 365; Mannheim 479 Zentimeter.

Arbeitsgericht Karlsruhe

Brutale Arbeitgeber. Zu dem Bericht in der letzten Nummer dieser Anzeigenseite legt Herr Jakob Hoffmann, Glaserer Bauhofsreiner in Wankenschloß, auf die Feststellung Wert, daß er mit dem im Bericht genannten Hofbeins nicht identisch ist.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungsanzeigen: 11. Juni: Karl Konrad mader, Hühnergeblle, ledig, alt 18 Jahre (Marzell). — 12. Juni: Anton Waltenberger, Maurer, Ehemann, alt 63 Jahre. Beerdigung in Mühlburg am 15. Juni, 16.30 Uhr. Ludwig Gutmann, Fabrikarbeiter, ledig, alt 22 Jahre. Beerdigung am 15. Juni, 12.30 Uhr. Marie Kling, alt 67 Jahre, Händlerin, ledig. Beerdigung in Mühlburg am 15. und 16. Uhr.

Ein Schrei — doch die Sache war gelbesch!

Kommt übrigens öfter vor und ist nicht so tragisch zu nehmen — wie ich Obst-, Wein-, Raftas- und dergleichen Frieden. Nach's wie Wirtin Kling, die bei solchen Gelegenheiten immer jagte: „Nest euch doch auf, Rinder! Das Saat fode ich in einer Sitzung, und dann ist es fried gelbesch.“ Man hört es immer und immer wieder: „Ein Friedensferner — fabelhaft!“

Aus unserer **Betten-Abteilung**

Metallbettstellen mit Zugfeder, weiß lack., 90x190 cm.	15.90
Matratzen Seegrasfüllung, 3-teilig, mit Kell, Jacquard-Drells, 24.	17.00
Kopfkissen 80x30 cm., 2 Stück Federnfüllung.	3.95
Deckbetten 130 x 190 cm., 6 Pfd. Federnfüllung.	13.50
Kinder-Rollbetten verstellbar, 55x110, 19.50 Seegrasfüllung.	17.75
Kindermatratzen Seegrasfüllung.	3.75
Kinderbetten Holz, weiß lack., Holzfüllung, abklappbar.	26.00
Bettfedern besonders füllkräftige Qualität rein weiß, halbwelt.	Pfd. 5.00
rein weiß.	Pfd. 4.25

HERMANN HETZ KARLSRUHE

Genosse, denkst Du auch an die Feuerbestattung?

Als Mitglied d. Deutschen Friedhöfer-Vereins hast Du Deine Familie aller Bestattungsorgen entlastet. Wir geben gerne Auskunft.

Ortsgruppe Karlsruhe
Meier, Vorsitzend., K.-Ruppert, Prinselweg 1

EIN OFFENES WORT AN ALLE

LUISE OTTO

VORBELUGEN NICHT ABTREIBEN

EIN RATGEBER FÜR EHELICHE UND SOLICHE, DIE ES WERDEN WOLLEN

135. bis 145. Tausend. Ergötzt und mit Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.

Volksfreund - Buchhandlung
Waldstraße 28 * Fernruf 7020/21

Überraschungs-Preise

bei **Boländer**
DAS HAUS DER GUTEN WERKWAREN

Wasch-Muslin -38
Wasch-Seide -48
Woll-Muslin neue Muster 1.25
Voile aparte Muster . . . 1.50
Toile de Sole gestreift . 2.75
Honan u. Douplon bedruckt 3.90

Landhausgardinen . . -18
Stores abgepaßt -75
Stores Meterware . . . 1.25
Spannstoffe 150 cm breit . -75
Schwedenstreifen . . . -85
Indanthren-Voile
aparte Druckmuster . . . 2.45

Boländer
DAS HAUS DER GUTEN WERKWAREN

Apfelstern das verbesserte Apfelweingeist, pos. gesch. Produkt jeder Gorte

zu haben in allen einschlägigen Geschäften, wo nicht, liefert von 10 Liter-Flaschen an Hersteller

Paul Wegener Gerwigstraße 16
Telefon 6605

Ämtliche Bekanntmachungen

Ueber das Vermögen der Firma Jakob Bloth, Fab. Fritz Bloth, Weinhandlung in Karlsruhe, Baldftr. 63, wurde heute, mittags 1/2 Uhr des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Herr Friedrich Vogt, Bankprokurist a. D., Karlsruhe, Hofstr. 29, bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Zimmer 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle, Zimmer 149, zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. Karlsruhe, den 11. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 4. 1203

Handelsregister-Einträge

- Mittelbadiische Privat-Spar- und Darlehensbank G. m. b. H., Karlsruhe. Jakob Rohrer ist nicht mehr Geschäftsführer. An seiner Stelle wurden Hans Fischer, Fritz Bachmann, beide Kaufleute in Karlsruhe, bestellt.
- Süddeutscher Gaststätten-Gewerbe-Verein mit beschränkter Haftung, Mannheim, Zweigniederlassung Karlsruhe. Die Statuta des Vereins werden in der Sitzung am 11. Juni 1931, in der Vereinsverwaltung in Karlsruhe, mit einer Abänderung der Statuten beschlossen. Das Geschäft der Zweigniederlassung ist auf Richard Berthold, Kaufmann, Karlsruhe, übergegangen, welcher es unter der Firma Germania-Kredit-Verein Richard Berthold, Karlsruhe, weiterführt. Damit ist die Zweigniederlassung aufgehoben. 12. VI. 1931. 1204
- Gesellschaft für neue Bauweisen (Genoss.), Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Baden), Vereinsregister Nr. 68. Gegenstand des Unternehmens: Theoretische und praktische Entwürfe und Ausführung von modernen Bauweisen, Beratung von Bauherren und Verfertigung von gewerblichen Schreinerarbeiten. Statutenkapital 20.000 RM. Geschäftsführer: Dr. Otto Buchenwaldt, Dipl.-Ing., Karlsruhe, Dr. Ing. Wilhelm Rosnag, Diplomingenieur, Jodgrün (Wald). Gesellschaftsvertrag vom 1. Juni 1931. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Öffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsanzeiger. 13. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

- Jacob Holzwarth, Karlsruhe. Statuta: Frau Vina Holzwarth geb. Wald, Karlsruhe.
- Eugen Schubnell, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen.
- Germania-Kredit-Verein Richard Berthold, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Richard Berthold, Kaufmann, Karlsruhe. Der Uebergang der Verbindlichkeiten, welche in der bisherigen Zweigniederlassung der Firma Germania, Gesellschaft für Kreditbank m. b. H. in Köln entstanden sind, ist abgeschlossen. (Waldstr. 2, 9. VI. 31. 1205)
- Neue Elektrizitätsgesellschaft Herzog & Söhne, Karlsruhe. Neue Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Mai 1931. Persönlich haftende Gesellschafter: Friedrich Herzog, Kaufmann, Karlsruhe, Friedrich Ludwig Söhle, Kaufmann, ebenda (Sofienstr. 11), 11. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Güterrechtsregister-Einträge

- In Band II Seite 114: Ueber Otto Hermann, Mechaniker, Karlsruhe und Maria geb. Blach, Vertrag vom 18. Mai 1931. Erwerbungsgegenstandsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 9. VI. 31. 1206
- Seite 116: Erbauer Emil, Eggenstein, Karlsruhe und Sophie geb. Geiger, Vertrag vom 18. Mai 1931. Allgemeine Gütergemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 10. VI. 31
- Seite 116: Valm Heinrich, Kaufmann, Karlsruhe und Vina geb. Dambacher, Vertrag vom 27. April 1931. Gütertrennung. 13. VI. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Nachversteuerung von Zucker.

Nach Kap. II Art. 2 des zweiten Teiles der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. 6. 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 275 ff) in Verbindung mit Artikel 1 der Zuckersteuerdurchführungsverordnung vom 6. 6. 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 177 ff) unterliegt der im freien Verkehr befindliche Zucker (Rohzucker und Stärkezucker sowie Stärkepulver) und raffinierter Zucker von der chemischen Zusammensetzung des Rohzuckers einer Nachsteuer in Höhe des bis zum 15. 6. 1931 geltenden Steuerfußes. Wer am 15. 6. 1931 solchen Zucker in Mengen von mehr als 100 kg Eisengewicht im Besitz oder Gewahrsam hat, ist verpflichtet, ihn bis zum 23. 6. 1931 der für ihn zuständigen Zollstelle unter Angabe der Gattung, der Menge und des Aufbewahrungsortes schriftlich oder mündlich zur Nachversteuerung anzuzeigen. Zucker, der sich am 15. 6. 1931 unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald er in besten Besitz gelangt ist. Das Nähere ist bei den Zollstellen zu erfahren.

Karlsruhe, den 13. Juni 1931. 1207
Hauptzollamt.

Milch u. Molkereiprodukte

die billigsten und gesündesten Nahrungsmittel erhalten Sie in bester Qualität von der

Milchzentrale Karlsruhe
Lauterbergstraße 3 G. m. b. H.

durch die angeschlossenen 80 Milchhändler

Für Friseur, groß Saartrockenapparat, gut u. billig repariert bei **Eduard Weiger**, Durlacher Straße 63, an den Volksfreund.

Uhren jeder Art werden unter Garantie gut u. billig repariert bei **Eduard Weiger**, Durlacher Straße 63, an den Volksfreund.

Fleißiges Mädchen sucht Halbtagesstelle vor- od. nachmittags. Angebote unt. L. 708 an den Volksfreund.

1 bis 2-Zimmer-Wohnung, Rühlburg oder Weisbach mit Miet. gesucht. Miete bis 35 M. Angeb. unt. S 819 a. d. Volksfr.

Hundesteuer

Gegen Vernichtung der Hunde
Gegen die Hundesteuer

spricht der neueste Ton- u. Sprechfilm

Die Blumenfrau von Lindenau
oder „Viel Lärm um Toni“
nach Bruno Franks Komödie
„Sturm im Wallerglas“

Täglich 5.00 7.00 9.00

RESI Waldstr. 30

Junker & Ruh-Oefen

Junker & Ruh komb. Herde u. Gasherde stets neueste Ausführungen

Monatl. Raten von 5.- an. Beamtentabelle angeschlossen. Gaswerkbedingungen. Fachgem. Aufstellung. Einereparatur-Werkstätte.

Karl Fr. Alex. Müller
Karlsruhe Amalienstr. 7
Telephon 1284 — Gegründet 1890

Kapok-Matratzen

aus bestem Kapok 72.- 58.- 48.-
in gutem Drell

M. Kachur, Kaiserstraße 19.

ALLE Farben u. Lacke

FÜR DEN Hausgebrauch

GUT u. PREISWERT — IM Farbenhaus Weststadt

KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIENSTRASSE

3-Zimmer-Wohnung

mit Zubehörräumen im 1. Obergeschoss, Kapellstr. Nr. 74, und eine 3-Zimmer-Wohnung mit Zubehörräumen im 1. Obergeschoss, Kärcherstr. Nr. 10/12, Zimmer 3, frei, eventl. auch mit einem 18 qm großen, für Büro oder Lager geeigneten Raum, auf 1. Juli oder später zu vermieten. Zu erfragen beim Städtischen Hochbauamt, Leopoldstr. Nr. 10/12, Zimmer 3.

Schlafzimmer

mit dreiteiligem Spiegelsohrrahmen, welches wir Ihnen zum Preise von 290.- anbieten, ferner 1 Ladelloser 496/

Speisezimmer

ebenfalls Eiche mit Ausziehtisch und echten Lederstühlen zu dem niedr. Preis von 205.- ferner noch eine gut erhaltene

Combinationsküche

(ähnlich wie Reformküche), welche wir Ihnen sogar zu nur 100.- anbieten. Sie haben hier nun beste Gelegenheit, sich mit geringen Mitteln schöne und saubere Möbel kaufen lassen. Sie sind wieder in Zahlung zu nehmen.

Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbsenstr. 30
Klein Lagen
Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen-Teilezahlungen

Foto

Volgland (Auss.) 9x12, Stobar 4,5 und Compurverschluss, mit allem Zubehör, billig abzugeben, Scherrstr. 5, p.

Opel-Vimouline

4tör, neu überholt, billig zu verkaufen od. gegen Möbel abzugeben. Möbel zu erfragen unter Nr. 4985 im Volksfreund.

Sportfliegerwagen

alt neu, bill. zu vert. Kapellstr. 42, 5tör.

2 Betten mit u. ohne Roll, Federkitt mit Schublade, Küchenstuhl, Tisch, Küchenschrank, Stühle, Steinplatten, Bettzeug, Red. Schaufel, Kling, email. Herd, bill. weg. Umzug abzugeben. Weinbrennerstr. 17 u.

Uhren aller Art

werden fachmännisch prompt u. sauber billig repariert bei

J. Gelmann Karlsruherstr. 23
Erbsenstr. 23
Telefon 1416

Blutrisches Rehlott

per Pfd. RM. 1.-

Rehragot

per Pfd. RM. 1.-

Karl Pfeifferle
Erbsenstr. 23
Telefon 1416

Gaggenauer Anzeigen

Zusammeln von Waldbeeren. Das Sammeln von Beeren in Kultur und Schonungen ist verboten. Ebenso das Sammeln von Beeren in allen Waldungen zur Nahrung sowie das Liebernehmen und das Feuernehmen von Lieberbeeren der einen oder anderen Art, welche nach Maßgabe des Forstgesetzes gesammelt werden dürfen.

Waggenau, den 13. Juni 1931.
Der Bürgermeister,
Schneidg.

Wir wollen in den nächsten Tagen unsere RESTE los werden!

Wir haben Sie deshalb ganz billig ausgezeichnet!

Auslagen auf Extratischen im Erdgeschoss

HERMANN KRETZ

Pfänder-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 17. Juni 1931, vormittags von 9 Uhr u. nachmittags von 14 Uhr an, findet im Versteigerungstokal des Städtischen Verbaues Schwanenstr. 6, 2. St., die öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Okt. 1930 Nr. 34 635 bis mit Nr. 38 135 gegen Barzahl. statt. Zur Versteigerung gelangen: Fahrräder, Nähmaschinen, Koffer, Schuhwerk, Herren- und Damenkleider, Wäsche, Stoffe, Bekleid., Feldleder, gold- und silb. Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw. Fahrräder und Nähmaschinen kommen Mittwoch 14 Uhr mittags zur Versteigerung. Das Versteigerungstokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Stelle bleibt an dem Versteigerungstage und am Tage vorher nachmittags geschlossen. 1198

Karlsruhe, 30. Mai 1931
Städt. Pfandleihkasse

Motorrad

(Victoria), mit Beiwagen, sehr wenig gefahren, preiswert zu verkaufen. Voltegg 19

Gute Weige mit Vögen und Kaffen zu verkauf.

Krielingen 634
Reinmühlstraße 7.

kleiner, weißer, gut erhaltener Herd

zu kaufen gesucht. Off. unt. F 777 a. d. Volksfr.

TREZZER-MOBEL

Werden die beliebten, hochwertigen TREFZER-MOBEL hergestellt. Besichtigen Sie in unseren Schaufenstern

Karlsruhe, Kaiserstraße 97

Sie dort ausgestellt im Zimmer

Schlafzimmer * Mahagoni poliert . . . RM 790.-
Herrenzimmer * Birke gewischt . . . RM 610.-
Speisezimmer * Nußbaum poliert . . RM 775.-

Bei uns kaufen Sie richtig, d.h. billig und doch gut.

Südd-Möbel-Industrie
Gebr. Trezzger GmbH
Karlsruhe

In Gieser Fabrik

Badisches Landestheater

Montag, den 15. Juni
C 27

Th.-Gem. 401-600

Ständchen bei Nacht

Eintritt von Leo Venz Regie: Herr.

Mittwoch: Bertram, Emma, Frauenbörner, Mademacher, Höder, Adèle, Müller, Rehner, Bräter, Schulte

Anfang 20 Uhr
Ende 22 Uhr

Bresse A (0.70-5.00 A. 1200)

Die 16. 6. Vorunternehmung, Mi. 17. 6. Alida Do. 18. 6. Julius César Fr. 19. 6. Die geliebte Stimme. So. 20. 6. In tiefen Kreisen. Der lustige Krieg. So. 21. 6. Neu einstudiert: Boris Godunow. Im Konjert-haus: keine Vorstellung

Stadtgarten

Freitag, 16. Juni
von 20-21/2 Uhr: 1204

Abend-Konzert

ausgeführt vom Pbilharmonisch. Orchester Leitung: Musikdirektor Emil Freygang. 1201

Motorrad

300 ccm, kaum gefahren, wegen Anschaffung eines Wagens dreihöckerig zu verkaufen. 4986

Sofienstr. 127, part.